

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate

pro biergefaltene Beilzettel 60 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; für Bandsmitglieder 40 Pf.; Verfammlungsanzeigen zc. 20 Pf. Privatangelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 37.

Berlin, den 9. September 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Da uns neuerdings wieder mehrere Fälle bekannt geworden sind, in denen in Mitgliedskarten und -büchern **Markenfelder mit „arbeitslos“ abgestempelt** wurden, obgleich sich aus der Invalidentarte ergab, daß das betreffende Mitglied in jener Zeit arbeitete, ersuchen wir die Kassierer und Unterstützungsauswähler dringend, bei Abstempelung der Markenfelder und bei Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung immer die Invalidentarte zu beachten. Bei auf der Reise befindlichen Mitgliedern darf auch in keinem Falle mehr wie das Markensfeld für die laufende Woche abgestempelt werden.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wenn es in Arbeit tritt, sich sofort bei der Zahlstelle oder beim zuständigen Gauborstand anzumelden und seiner Beitragspflicht für jede Woche, in der es arbeitet, zu genügen. Sofern aus einem Mitgliedsbuch beim Vergleich mit der Invalidentarte ersichtlich ist, daß gegen diese selbstverständliche Verpflichtung verstoßen wurde, ist das Mitgliedsbuch mit den nötigen Angaben an uns einzusenden, damit wir eine Strafkarenz entsprechend § 14 Abs. 2 des Statuts in Anwendung bringen können.

2. Das **neue Adressenverzeichnis** ist in der abgelaufenen Woche an alle Zahlstellen- und Gauborstellungen versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo noch nicht eingetroffen sein, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, um Nachlieferung bewirken zu können.

3. **Ausgeschlossen auf Grund des § 16** des Statuts wurden in Berlin der Presser Jakob Blüm aus Seidesheim (B.-Nr. 315) und die Galanteriearbeiterin Elise Kothermund aus Berlin (B.-Nr. 102 862).

Der Verbandsvorstand.

Streifzüge durch unser Wirtschaftsleben.

Die Maschinenarbeit und deren Folgen. II.

Eine der Begleiterscheinungen unserer hochentwickelten Technik ist selbst dem beschränktesten Arbeiter offensichtlich: die Unfallgefahren, die zu der technischen Entwicklung in progressivem Verhältnis stehen. Die Unfallgefahren mehren sich nicht nur im gleichen Tempo, in dem die Maschinenarbeit immer mehr bevorzugt wird, sie steigen gmal schneller, weil die neuauftretenden Maschinen die höchsten Anforderungen an die Nerven der Arbeiter und Arbeiterinnen stellen und durch ihr ewiges monotonen Gleichmaß gerüttelt und aufreißend wirken. Sind doch unsere sogenannten eisernen Kollegen in der Regel so konstruiert, daß sie auch das Letzte aus dem Arbeiter herausholen. Nicht dieser, sondern die Maschine bestimmt das Tempo der Arbeit, und der bedienende Arbeiter muß ihr mit Aufbietung aller Kräfte folgen. Wenn unsere Unternehmer eine neue Maschine in den Produktionsprozeß eingliedern, dann haben sie dies selbstverständlich nur getan in der sicheren Erwartung, billiger und schneller, rationeller zu produ-

zieren. Die Maschine muß demnach eine ganz erhebliche Arbeitsverdrängung zur Folge haben, und zwar eine Verdrängung der gelernten Handarbeit. Unsere Buchbindereibetriebe und die Betriebe der übrigen Branchen werden je länger je mehr zu automatischen Fabriken umgewandelt, aus denen die gelernte Handarbeit immer mehr verschwindet und die ungelerten Hilfskräfte die Oberhand bekommen. Die Maschine sucht die Kunstfertigkeit des Geschicklichkeitsarbeiters nachzuahmen. Die Spezialwerkzeuge, die für jede Teiloperation auswechselbar eingesetzt werden, sind die Arbeitsfinger, die mit möglichst schmiegsamem Bewegungsspiel in den Arbeitsprozeß eingreifen müssen. Arbeit die Maschine nun selbsttätig genug, dann sind nicht nur gruppenweise Handgeschicklichkeitsarbeiter überflüssig geworden, sondern auch für die Bedienung der Maschinenautomaten ist den Unternehmern selbst noch die Arbeitskraft des gelernten Arbeiters zu teuer.*)

Ehe wir noch mit dieser ausgeprägten maschinellen Entwicklung zu rechnen hatten, da war auch zu unserem Gewerbe noch vorwiegend Muskelarbeit notwendig, zu dem ein nicht kleiner Teil Geschicklichkeit zu treten hatte, um die Arbeit gut und zweckmäßig zu verrichten. Körper und Geist waren im gleichen Maße angestrengt, und das relativ Ungeübte in unserem Gewerbe war zum mindesten nicht größer, als es in anderen Gewerben mit ähnlichen Arbeitsbedingungen der Fall war. Die Maschinenarbeit jedoch nimmt dem Arbeiter einen Teil seiner Arbeit ab, und zwar zunächst den, den er nur mit Aufwendung gewisser körperlicher Kräfte ausüben konnte. Elementare Gewalten vollführen jetzt diese Arbeit, und dem die Maschine bedienenden Personal bleibt nur noch eine Arbeitsleistung übrig, die nur in den seltensten Fällen als körperlich anstrengend bezeichnet werden kann. In diesem Sinne hat die Maschine den Arbeiter freigestellt. Vollständig ausgeglichen aber wird das durch die ins Ungemessene gesteigerte Aufmerksamkeit, die der an die Maschine gefesselte Arbeiter aufwenden muß, um einerseits das eiserne Ungetüm mit dem nötigen Quantum Arbeit zu versehen und andernteils aufzumerken, daß ihn dieses nicht in heimtückischer Weise mit seinen stählernen Klauen zwickt und zwackt, wobei er selbst sehr leicht seine gefunden Knochen einbüßt. Wenn man dann weiter bedenkt, daß das Arbeitstempo ein immer unheimlicheres wird, dann vermag man wohl zu ermessen, wie der in der Abnahme der körperlichen Arbeit scheinbar bestehende Vorteil des maschinellen Produktionsprozesses in sein Gegenteil versetzt und die wirklich zu leistende Arbeit zu einer oftmals unsagbar anstrengenden macht. Maschinenarbeit ist Nerbenarbeit, und die damit betraute Person muß jeden Augenblick gewärtig sein, in den Gang des Arbeitsprozesses einzugreifen. Zu diesen in der Natur der Maschinenarbeit gelegenen Umständen treten noch andere, die Unbestand, Wosheit und Profitgier in Gestalt eines raffiniert durchgeführten AntreiberSystems geschaffen haben. Rechnet man dazu dann noch die mordende Akkorarbeit, dann gewinnt man ein Bild, wie es abstoßender und unwürdiger selten anzutreffen sein wird.

Die Einführung und Ueberwachung von Maßnahmen zur Unfallverhütung, die naturgemäß mit der Bevorzugung der maschinellen Arbeit gleichen Schritt halten sollte, unterliegt, wie genugsam bekannt, den Berufsgenossenschaften. Diese Berufs-

genossenschaften aber sind Organisationen der Unternehmer. So müssen sich also unsere Unternehmer selbst überwachen. Der Arbeiter, das Objekt der Unfallchutzgesetzgebung, hat dabei nichts zu sagen. Ist es denn da ein Wunder, wenn unser ganzer Unfallchutz oftmals nur eine Karikatur eines wirklichen Unfallchutzes darstellt? Ja, man hat doch sogar schon Aufsichtsbeamte von Berufsgenossenschaften entlassen, weil diese angeblich — zu energisch auf die Einhaltung der vorgegebenen, an sich noch unzureichenden Schutzbestimmungen gedrungen haben. Unter diesen Verhältnissen wird es verständlich, daß selbst die wiederholten Anregungen des Reichsversicherungsamtes zu durchgreifender Unfallverhütung auffordern. Die für unser Gewerbe in der Hauptsache zuständige Papierbearbeitungs-Berufsgenossenschaft hat dieser Aufforderung eine platonische Liebeserklärung folgen lassen, indem sie seit einigen Jahren ihren Jahresberichten zwei Anregungen mit auf den Weg gibt, in denen es heißt: „Es wird den Genossenschaftsmitgliedern wiederholt dringend empfohlen, Maschinen, Apparate usw. nur unter der schriftlichen Bedingung zu kaufen, daß sie mit Schutzvorrichtungen versehen sind, welche den Unfallverhütungsvorschriften der Papierbearbeitungs-Berufsgenossenschaft entsprechen, und daß ungenügende oder noch fehlende Schutzvorrichtungen, die von der Berufsgenossenschaft verlangt werden, unentgeltlich zu ergänzen oder nachzuliefern sind. Weiter werden die Mitglieder gebeten, den Geschäftsbericht auch bei den Betriebsbeamten zur Durchsicht in Umlauf zu setzen, damit diese sich namentlich über die Ursachen und die Folgen der vorgekommenen Unfälle unterrichten und hieraus Veranlassung nehmen, durch Instandhaltung der Schutzvorrichtungen, durch Belehrungen und Ermahnung der Arbeiter auf tunlichste Verhütung neuer Unfälle hinzuwirken.“ Mit diesen nichtsagenden Anregungen, über die man als Selbstverständlichkeiten gar nichts zu reden braucht, gedenkt die Papierbearbeitungs-Berufsgenossenschaft den Unfällen zu Leibe zu gehen! Aber so nichtsagend sie auch sind, charakterisieren sie sich doch nur als eine Folge des Systems. Es ist ein Übel, einem Unternehmer zuzumuten, Maßregeln zu ergreifen, die sich gegen ihn selbst richten. So kommt es dann, daß sich die von den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften vorgenommenen Revisionen der Betriebe keiner Beliebtheit erfreuen, im Gegenteil, in nicht wenigen Betrieben ist der technische Aufsichtsbeamte der meistgefürchtete und bestgehaßte Mann, und seinen Anordnungen wird oftmals in keiner Weise Rechnung getragen. Darum kann man auch nicht umhin, zu erklären, daß es unseren Unternehmern mit einem wirklichen Unfallchutz nicht sonderlich ernst ist. Dies wird uns auch vom letzten Jahresbericht der Papierbearbeitungs-Berufsgenossenschaft erneut bestätigt. Nach dem Bericht hat der technische Aufsichtsbeamte im Jahre 1910 93 Betriebe zu wiederholten Malen beaufsichtigt, darunter einzelne sogar fünf- und siebenmal. Bei der ersten Besichtigung machten sich in diesen 93 Betrieben 949 Anordnungen notwendig, bei der erneuten Besichtigung, die doch die Befolgung dieser Anordnungen ergeben sollte, machten sich 1468 Anordnungen notwendig, die 93 Betriebe hatten sich also in unfalltechnischer Beziehung ganz gewaltig verschlechtert. Könnte das aber vorkommen, wenn der Unfallchutz mit dem notwendigen Ernste behandelt würde?

*) N. Wolbt, Der industrielle Großbetrieb.

Warum muß sich der Arbeiter organisieren?

In einem kapitalistischen Klassenstaate ist das Koalitionsrecht eine ökonomische Notwendigkeit. Das Koalitionsrecht ist erforderlich, damit die Ware Arbeitskraft denselben Gesetzen unterliegen kann wie jede andere Ware. Bestände kein Koalitionsrecht (Vereinigungsrecht), so wäre der Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber völlig machtlos. Der Arbeiter muß sich mit seinen Standesgenossen vereinigen, um ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen und einen berechtigten Anteil am Ertrage seiner Arbeit zu erlangen.

Das Eindringen der Maschinen in unser Gewerbe haben wir bereits in unserem vorigen Artikel gestreift. Doch besser noch, als es Dr. Harms Entwicklungsgeschichte der deutschen Buchbinderei — die dabei zitiert wurde — sagen kann, geben uns die bereits erwähnten Berichte der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft ein Bild davon. Die von Jahr zu Jahr immer mehr anwachsende Unfallziffer illustriert die steigende Anwendung der Maschine in verletzter ernster Weise. Die Statistik der genannten Berufsgenossenschaft geht zurück bis 1888. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der versicherten Personen um 2½mal erhöht, die Zahl der Unfälle jedoch um das 6¼fache. Im Jahre 1888 unterstanden der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft 51 630 versicherungspflichtige Personen, im Jahre 1910 waren es 137 899. (Der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft unterstehen alle Betriebe der Papierverarbeitung, die mehr als zehn Personen beschäftigen oder die mit elementarer Gewalt arbeiten. Ausgenommen sind Buchdruckbetriebe, für welche die Buchdruckerberufsgenossenschaft zuständig ist.) Die Zahl der Unfälle dagegen stieg von 626 im Jahre 1888 auf 3896 im Jahre 1910. Mit Ausnahme der Jahre 1891, 1908 und 1909, in denen ein kleiner, wenn auch unbedeutender Rückgang der Unfallziffer konstatiert werden konnte, ist diese ständig gestiegen. Auch die Zahl der entschädigungspflichtig gewordenen Unfälle ist — abgesehen von einigen geringen Schwankungen — ständig gestiegen, und zwar von 122 auf 491. Im einzelnen gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:

Jahr	Zahl der versicherten Personen	Zahl der angemeldeten Unfälle	Zahl der entschädigungspflicht. Unfälle	Auf 1000 Versicherte entfielen Unfälle
1888	51 630	626	122	12,12
1889	55 882	725	136	12,97
1890	58 494	779	141	13,32
1891	60 688	741	143	12,19
1892	63 632	879	159	13,81
1893	64 124	1 004	144	15,66
1894	78 062	1 079	204	14,77
1895	74 579	1 167	204	15,64
1896	77 520	1 411	283	18,20
1897	79 948	1 748	272	21,84
1898	82 986	1 851	278	22,30
1899	91 494	2 039	300	22,29
1900	96 869	2 099	347	21,67
1901	99 682	2 203	344	22,10
1902	101 890	2 340	320	23,08
1903	106 679	2 707	365	25,38
1904	112 783	2 958	398	26,23
1905	116 960	3 091	477	26,43
1906	122 433	3 572	466	29,18
1907	131 360	3 799	500	28,92
1908	131 248	3 690	552	28,11
1909	133 675	3 563	561	26,85
1910	137 899	3 896	491	28,25

Die in dieser Uebersicht klar zum Ausdruck kommende ungünstige Gestaltung der Unfallhäufigkeit ist einzig und allein eine Folge der Maschinenarbeit in unserem Gewerbe.

Kein Leben ohne Kampf.

Das Leben ist nun einmal keine Himbeerlimonade, und je tapferer und würdevoller man standhält, um so leichter trägt man sein Lebenspaßet; und je resignierter man bei seinem Voranschreiten Prozedente gibt auf Gesundheit, Sinnesfreude und Glückgefühl, um so erträglicher gestaltet man es bis ins höchste Alter. Resignation und Vernunft öffnen manche Glückspforte.

Waldeck Manasse, Lebensfragen.



Geschichte und Theorie der Arbeitslosenversicherung.

VI.

Das Reich und die Arbeitslosenversicherung.

Wie wir schon hervorgehoben haben, könnte die Frage des Arbeitslosenproblems aus versicherungstechnischen Gründen am besten vom Reich, dem größten Gemeinwesen, gelöst werden. Noch ein anderer Grund spricht für eine Lösung durch das Reich. Bei dem jetzigen Zustand der städtischen Arbeitslosenfürsorge (die unzureichend ist in jeder Beziehung) ist meist eine einjährige Karenzzeit (das heißt der Arbeitslose muß mindestens ein Jahr in der betreffenden Stadt wohnen, ehe er die städtische Unterstützung erhält) vorgesehen. Eine Reichsarbeitslosenversicherung würde diese Einschränkung aus der Welt schaffen. Und noch eins. Bisher war immer von den größeren Städten die Rede. Gibt es denn keine kleineren Städte, und wo bleibt denn das platte Land? Auch in diesen Landesteilen gibt es Arbeitslose, und auch sie bedürfen der Hilfe der Allgemeinheit. Man kann die Sache drehen und wenden, wie man will, das Reich kann am erfolgreichsten die Frage der Arbeitslosigkeit lösen. Trotzdem sind wir von einer Reichsarbeitslosenversicherung (allem Anschein nach) noch weit entfernt.

Von den bis heute bekanntgewordenen Projekten einer Reichsarbeitslosenversicherung verdient vor allem das von Hermann Mollenbuhr hervorgehoben zu werden. In der „Neuen Zeit“ (20. Jahrgang 1 Bd. Heft 17 und 18) fordert er, daß alle der Invaliditätsversicherung unterstellten Personen auch in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden sollen. Die Kosten für die Arbeitslosenversicherung müßten nach seinem Vorschlag von den Arbeitern, den Unternehmern und von dem Reich bestritten und mit den Beiträgen für die Invaliditätsversicherung eingehoben werden. Als durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung sollte pro Tag bis zu 2 Mk. im Einzelfalle bezahlt werden, und die Bildung eines besonderen Fonds sollte einen Unterstützungsausschuß für Arbeitslose mit starker Familie ermöglichen. Die Kontrolle sollte durch Arbeitsnachweise ausgeübt werden. In jeder Stadt oder in jedem Kreis müßte ein Arbeitsnachweis eingerichtet werden. Den Arbeitern und Unternehmern seien die weitgehendsten Selbstverwaltungsrechte einzuräumen und als Schiedsinstanz für alle aus dieser Versicherung sich ergebenden Differenzen seien Gerichte (ähnlich den Gewerbegerichten) zu schaffen. Wie J. Zietzsch (Kommunale Arbeitslosenfürsorge, Buchhandlung Vorwärts) ausführt, hat Tischendorf den Anschluß der Arbeitslosenversicherung an die Krankenkassen gefordert. Dagegen sei Hertner für die organische Verbindung dieser neu zu schaffenden Versicherung mit den Berufsgenossenschaften eingetreten, während Zacher die Lasten und die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung zwischen den Berufsgenossenschaften und den Arbeitern geteilt haben wollte. Freund habe den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitslosenversicherung nur im Anschluß und in enger Verbindung mit den Sacharbeitsnachweisen durchgeführt werden könne. Ueber alle diese Vorschläge gehen die Forderungen hinaus, die die Gewerkschaften gestellt haben. Sie verlangen, daß die Gewerkschaften die Trägerinnen der zukünftigen Reichsarbeitslosenversicherung sein sollen. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß (1902) wurden folgende Leitsätze aufgestellt:

„Der Gewerkschaftskongreß erachtet als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streik oder eigenes grobes Verschulden hervorgerufen ist; die Arbeitslosenunterstützung darf

nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Mützung der staatsbürgerlichen Rechte des Arbeiters nach sich ziehen.“

Im einzelnen forderte der Kongreß als Vorbedingung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung uneingeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerbe, in der Hausindustrie, Schifffahrt, Landwirtschaft, in den Staatsbetrieben und in häuslichen Diensten; die Anerkennung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gewerbes vereinbarten Tarife, die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ohne Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosenzählungen und die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung durch Organisation von Arbeitsbörsen, zu deren Erbauung und Unterhaltung die Einzelstaaten und die Gemeinden verpflichtet sind. Der Kongreß verwarf jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichsausschusses an Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände. Die Kosten der Reichsarbeitslosenversicherung sollen zur Hälfte aus den Reichsmitteln, zur Hälfte von den Berufsgenossenschaften bestritten werden. Je nach den Anordnungen durch die einzelnen Verufe hat das Reichsversicherungsamt die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen von den Arbeitgebern zu erheben sind. Als Voraussetzung eines solchen Reichsausschusses empfahl der Kongreß den Gewerkschaften die Einführung und den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, um so die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staatsunterstützung zu schaffen.

Wie man sich nun auch im einzelnen zu diesen Forderungen stellen mag, eins ist sicher: sie wären eine brauchbare Grundlage gewesen, auf der man eine Reichsarbeitslosenversicherung hätte aufbauen können. Wir haben ja gesehen, daß sich die Gewerkschaften in der Praxis als Trägerinnen der Arbeitslosenversicherung bewährt haben und daß die Einwände, die man gegen das Genter System erhebt, nicht stichhaltig sind; insbesondere dann nicht, wenn die Unorganisierten mit Hilfskassen an die Organisation angeschlossen werden. Die Reichsregierung dachte aber anders.

Anfangs der neunziger Jahre hatten wir bekanntlich eine schwere wirtschaftliche Krise durchzumachen. Die Vertreter der Arbeiterschaft verlangten im Reichstag, daß die Regierung Maßregeln gegen die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit treffe. Der Erfolg dieser Interpellation war gleich Null. In den Jahren 1901 und 1902 waren wir wieder hart von einer Wirtschaftskrise bedrängt. Zur Binderung der Arbeitslosigkeit wurde auch damals nichts vom Reich unternommen. Erfolgreich interpellierten die Abgeordneten der Arbeiterschaft im Reichstag. Der Reichstag nahm zwar folgende Resolution an:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine aus Vertretern der Verbündeten Regierungen und Mitgliedern des Reichstages und sonstigen auf diesem Gebiet erfahrenen Männern bestehende Kommission zu bilden, die die Aufgabe hat, die bisher von den Berufsvereinen, einzelnen Unternehmern und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen.“

Aber nicht einmal diesen mäßigen Forderungen kam die Regierung nach. Hören wir, in welcher Weise der Bundesrat die Sache auffaßte. Nach zehn Monaten (nach der bürokratischen Auffassung

Wer verdient die allgemeine Achtung?

Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. Mit unbefristeter Gewißheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle andern großen Organisationen weit überflügeln. Somit werden diese Gewerkschaften für das Volksleben zu einem wichtigen Faktor. Außerlich betrachtet, bildet diese starke Gewerkschaftsbewegung für jeden Arbeiter und jeden Arbeiterfreund Grund zu lebhafter Freude. Je mehr ein Arbeiter für seine Organisation zahlt, desto selbstloser handelt er, desto mehr fördert er das Wohl seiner Berufsgenossen und somit seines Volkes, desto mehr verdient er unsere Achtung.

(Evangelisches Gemeindeblatt für die Lausitz.)

dieser Herren war diese lange Zeit vielleicht notwendig) beschloß er: „den Reichskanzler zu eruchen, das Kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind“, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären. Man achte auf den Unterschied, der zwischen der Resolution des Reichstages und der des Bundesrats besteht. Der Reichstag wollte nicht nur die vorhandenen Einrichtungen geprüft, sondern er wollte auch Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung gemacht haben; der Bundesrat aber glaubte, seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn er lediglich feststellen lasse!

Vier volle Jahre gingen ins Land (1906), bis man wieder etwas von dem Bundesrat beschlossenen Feststellungen hörte. Es erschien eine Denkschrift der Reichsregierung. Darin waren alle bisherigen Versuche und Vorschläge über eine Arbeitslosenversicherung aufgezählt, besprochen und alles für eine allgemeine Uebertragung auf deutsche Verhältnisse als untauglich oder undurchführbar bezeichnet. Nach einem solchen Ergebnis war nichts anderes zu erwarten als: „Nichts“.

Inzwischen hat auch die Reichsregierung einsehen müssen, daß das Reich doch einmal gegen die Arbeitslosigkeit einschreiten müsse. Den Stein brachte diesmal der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen ins Rollen. Am 28. November 1909 richtete dieser Verband eine Petition dieses Inhalts an den Reichstag: „die nötigen Schritte zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten“. In dieser Petition wurde auf den wirtschaftlichen Niedergang und auf das große Elend hingewiesen, daß die Stellenlosigkeit unter den Handlungsgehilfen hervorgerufen habe. Die Fürsorge für die stellenlosen Handlungsgehilfen (hauptsächlich Schreibstufen) sei unzulänglich, ganz abgesehen von der lohnbrückenden Tendenz, die die Schreibstufenarbeit im Gefolge habe. Am 15. April gab der Vertreter der Regierung in der Petitionskommission des Reichstages folgende Erklärung ab:

„Es ist nicht das erstemal, daß ich genötigt gewesen bin, mich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, und ich kann Ihnen versichern: ich habe den Eindruck, wir sind über die letzten Schwierigkeiten in dieser Beziehung leichter hinwegkommen als in den früheren Jahren, unter allen Umständen besser entgegengekommen als die großen Kulturländer, die mit uns auf dem industriellen Gebiete konkurrieren. Nun hat der Abgeordnete (Berichtersteller Giesberts) bemängelt, daß wir nicht Genügend getan hätten in bezug auf die Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit bzw. der Arbeitslosenversicherung. Ja, meine Herren, das ist auch eines von den Problemen, die man nicht aus der freien Hand heraus lösen kann. Die Ansätze, die auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeitslosen von Seiten der Kommunen gemacht sind, werden uns allmählich auf den Weg führen, auf dem diese Frage vielleicht der Lösung entgegengeführt werden kann. Daß das Reich oder die Einzelstaaten diese Fragen generell für das ganze Reich regeln sollten, das ist eine Aufgabe, die kein Gesetzgeber und keine gesetzgebende Körperschaft heute zu lösen in der Lage ist. Aber wenn wir auf Grund des Gesetzes über den Arbeitsnachweis und die Stellenvermittlung dahin kommen, das Arbeitsnachweiswesen auszubauen, dann werden wir nicht bloß die Möglichkeit schaffen, vorübergehende Schwankungen im Arbeitsmarkt auszugleichen, sondern wir werden auch unsere Erfahrungen erweitern, die uns eventuell später die Möglichkeit geben können, auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit gesetzgeberisch einzugreifen. Heute, meine Herren, ist die Sache nicht reif, und der tut unrecht,

der einer Regierung den Vorwurf des bösen Willens macht, weil sie sich an dieses zurzeit unlösbare Problem nicht heranwagt.“

Auf die Ausführungen des Vertreters der Regierung wurde aus der Kommission heraus geantwortet, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung zur Lösung absolut noch nicht reif sei. Während die Industrie vielfach über Arbeitslosigkeit klagt, herrsche in der Landwirtschaft chronische Arbeiternot, die in recht bedenklicher Weise auf die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nachteilig wirke. Man solle deshalb zur Tagesordnung übergehen oder sie höchstens als Material überweisen. Dagegen wurde von anderer Seite hervorgehoben, daß die Arbeitslosigkeit für die davon Betroffenen ein schweres Uebel sei, dessen Behebung die Sorge aller öffentlichen Faktoren nach wie vor sein müsse. Gewiß sei das Problem noch nicht reif, aber die erfolgreichen Versuche, die in Köln, Straßburg und einer Reihe außerdeutscher Länder gemacht seien, berechtigten zu der Hoffnung, daß bei erstem Willen eine Lösung gefunden werden könne. Die Kommission müsse etwas weiter gehen als Antrag auf Ueberweisung als Material und ihre Sympathie zum Ausdruck bringen, indem sie die Petition der Regierung zur Erwägung überweise. Die Kommission beschloß hierauf mit Mehrheit: „Der Reichstag wolle beschließen: „die Petition II Nr. 94, betreffend Einführung einer Arbeitslosenversicherung, dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen“.

Am Schluß dieser Abhandlung können wir nur wiederholen, was wir bereits ausgesprochen haben: Eine Reichsarbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems ist sehr wohl möglich. Unsere theoretischen Ausführungen zeigen, daß alle Phrasen von nicht genügender Erfahrung, ungenügender Statistik und wie diese Dinge alle heißen, bei Licht besehen, unter den Tisch fallen müssen. Die ganze Angelegenheit drängt geradezu nach einer Lösung durch das Reich. Alle kleinen Schikanen (Rarengzeit, der Unterschied zwischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten und Land, einjährige Ortsansässigkeit und so manches andere) werden durch eine Reichsarbeitslosenversicherung aufgehoben. Versicherungstechnisch ist das Reich die beste Grundlage. Die aus der Versicherung entstehenden Kosten werden aber auch von diesem großen Gemeinwesen leichter getragen und Ungerechtigkeiten (zum Beispiel daß eine Stadt oder ein Bundesstaat, andere Städte oder andere Bundesstaaten dagegen nicht oder nicht so hart von der Arbeitslosigkeit getroffen werden) beseitigt. Mit dem Einwand: die ganze Angelegenheit sei für das Reich noch nicht spruchreif, kann man schließlich jede, die allerbegründetste Forderung ablehnen. Noch einmal: Nur im Anschluß an die Arbeitnehmerorganisationen, nur mit diesen gemeinsam soll das Reich eine Regelung der Arbeitslosenfürsorge vornehmen. Wir haben gesehen, daß das Genter System sich dafür eignet und daß durch eine Kombination von Genter und Kölnner System auch für die Unorganisierten gesorgt werden kann.

Nun aber diese Forderungen auch durchzusetzen, ist notwendig, daß sich unser Reichsparlament in etwas arbeiterfreundlicherem Sinne zusammensetzt, als dies gegenwärtig der Fall ist. Deshalb muß ein jeder Arbeiter zu seinem Teil Sorge tragen, daß die bevorstehende Reichstagswahl auch wirklich arbeiterfreundliche Abgeordnete hervorbringt.

Mit eine Stuisarbeiter-Konferenz notwendig?

Diese Frage des Kollegen Engelmann in Nr. 35 der „Buchbinder-Zeitung“ kann die Kollegenchaft, welche die Vorgänge in unserer Industrie sowie die Tätigkeit des Stuisfabrikantenverbandes verfolgt, nicht anders beantworten als daß sie sagt, daß es längst an der Zeit wäre, Mittel und Wege zu finden, um einheitlicher den Schafmachereien in unserem Gewerbe entgegenzutreten. Dieses kann aber nur erreicht werden durch eine mündliche Aussprache der Kollegenchaft selbst. Es muß ebenso geschehen wie 1904 auf der Konferenz in Gera, wo von jedem Ort, wo Stuisarbeiter in Betracht kamen, genauer Bericht gegeben wurde über die dortigen Verhältnisse. Es wird mir wohl ein jeder beipflichten müssen, welcher die Vorgänge seit dieser Zeit verfolgt, daß die Geraer Konferenz ihren Erfolg gezeitigt hatte. Und, Kollegen und Kolleginnen, seit 1904 steht es wesentlich anders aus; wir haben es jetzt mit einer Arbeitgeberorganisation zu tun, deren Stärke wir kennen gelernt haben.

Wie nun aus dem Bericht der Berliner Stuisarbeiter in Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“ zu ersehen ist, motivierte der Verbandsvorstand die Ablehnung des Antrages der Zentralkommission der Stuisarbeiter auf Abhaltung einer Konferenz damit, daß nicht genügend Material zu einer solchen vorhanden wäre. Ich meine denn doch, daß der Verbandsvorstand entweder sehr kurzichtig ist oder aber der Verbandsvorstand ist über die Verhältnisse in der Branche nicht so informiert, wie es unbedingt notwendig wäre. Denn weiß der Verbandsvorstand, daß unsere Fabrikanten in jedem Jahre ihre Konferenzen haben, trotzdem sie ebenso wie wir zentral organisiert sind? Weiß der Verbandsvorstand, daß die Arbeitsnachweisfrage auf jedem Verbandstage der Fabrikanten eine Rolle spielt? Weiß der Verbandsvorstand, daß auf dem letzten Verbandstag derselben auf der Tagesordnung stand: „Ziele und Zweck der gelben Gewerkschaften?“ Weiß der Verbandsvorstand weiter, wo schon solche gelbe Organisationen von Stuisarbeitern bestehen, resp. die Arbeiter gezwungen werden, derselben anzugehören?

Es liegt doch wohl ganz klar, daß unsere Fabrikanten erkannt haben, wie vorteilhaft eine regelmäßige mündliche Aussprache ist; denn dann würden dieselben jedenfalls nicht die nicht unerheblichen Kosten scheuen und in jedem Jahre eine Konferenz abhalten. Die Arbeitsvermittlungsfürsorge ist derartig, daß hierin eine Aussprache erfolgen müßte. Genau ebenso steht es mit der Absicht der Fabrikanten, gelbe Organisationen zu gründen. Die Tatsache, daß eine solche schon besteht, gibt genug zu denken. Ja, Kollegen, soll denn dies alles wirklich noch nicht genügend Material sein, um eine mündliche Aussprache unter den Kollegen herbeizuführen? Ich bin überzeugt, daß die Kollegenchaft der Provinz noch mit weit mehr Material aufwarten kann, als hier angeführt ist. Dann sagt der Verbandsvorstand müder bei der Ablehnung der beantragten Konferenz, daß eine regere Agitation am Ort genügend sei. Ich bin der Meinung, daß es vor allen Dingen nottut, an die Kollegenchaft selbst wieder mal mit Anregungen heranzutreten und genau zu informieren, was und wie es in unserem Berufe zugeht. Dieses kann aber nur in der schon eingangs erwähnten Weise geschehen.

Also, Stuisarbeiter und -Arbeiterinnen, auch ich muß sagen, geht mehr wie bisher aus euch heraus, sagt der Öffentlichkeit, was zu sagen ist und wie werden wieder die notwendige bessere Geschäftslosigkeit erreichen.

Berlin.

R. A.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie seinen nicht organisierten Nebentkollegen

Aus unserem Beruf.

Ein kostbares Buch.

Die Priester eines mohammedanischen Tempels in der heiligen Stadt Isnan-Nusa in Persien sollen das einzige in Gold und Silber eingebundene und mit Edelsteinen geschmückte Buch der Welt besitzen. Das Buch ist eine Abschrift des Korans und ein Geschenk für den Tempel. Der Einband dieses Buches, dessen Seiten 9 1/2 Zoll lang und 4 Zoll breit sind, ist aus purem Golde, 1/8 Zoll dick und mit Silberplatten von derselben Dicke verziert. Auf der Mitte des Einbandes und an den Ecken befindet sich sinnbildlicher Schm., ausgeführt in Diamanten, Rubinen und Perlen. Die Mittelfigur ist ein Halbmond, dessen Spitzen einen Stern halten. Es sind 109 kleine Diamanten, 167 Perlen und 122 Rubinen darin bearbeitet. Das Buch selber ist mit der Hand auf Pergament geschrieben, und man schätzt seinen Wert auf 958 000 Kronen.

Ob das Werk schon einmal von jemand gesehen wurde, das ist eine andere Frage.

Korrespondenzen.

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach **Obernburg** bei dem Gaubevolmächtigten in Hamburg und vor Arbeitsannahme nach **Kiel** beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

In **Belgrad** (Serbien) streifen die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter der Firma Milan Waper. Bezug ist fernzuhalten.

In **Lemberg** (Galizien) steht das Personal einer Firma im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Dresden. Von der Fabrik für photographische Apparate „Tea“ wurden außer einigen Hundert Metallarbeitern auch Holzarbeiter, Sattler und 17 männliche sowie 12 weibliche Mitglieder unseres Verbandes ausgesperrt.

Berlin. Am 31. August fand eine Branchenversammlung der in den Geschäftsbuch-, Schreib-, Kassen-, Zeichen- und Kalenderblatfabriken sowie Linieranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der klar über den Stand der Tarifbewegung berichtet. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die bereits vor drei Monaten eingeleitete Bewegung noch zu keinem greifbarem Ergebnis geführt hat. Die Vereinigung der Berliner Geschäftsbuchfabrikanten stellte bekanntlich an den Abschluß eines neuen Tarifvertrages die Bedingung, daß er vom 1. Januar 1912 bis zum 31. Dezember 1916 gelten, der Ablauftermin also auf die geschäftsklaue Zeit des Jahres verlegt werden sollte. Als Begründung für dieses Verlangen führten sie an, daß in dieser Hinsicht eine Nebereinstimmung mit dem Buchdrucker tarif geschaffen werden mißte. Von der Arbeiterschaft der Branche wurde und wird das Entschieden abgelehnt. Inzwischen hatte der Vorsitzende der Fabrikanten den Branchenvertreter zu einer Besprechung eingeladen, die jedoch unterblieb, da die Branchenvertreter an dem betreffenden Tage nicht konnten, was auch der Unternehmerorganisation mitgeteilt wurde. Für einen späteren Termin waren die Unternehmervertreter nicht zu haben. Ihr Vorsitzender teilte schließlich mit, daß die Fabrikanten ihre Kommission beauftragt hätten, einen Tarifentwurf auszuarbeiten, der der Branchenleitung demnächst zugestellt werden sollte. Bis jetzt ist dieser Gegenentwurf der Fabrikanten nicht eingegangen. Die Fabrikanten suchen die ganze Angelegenheit offenbar immer länger hinauszuziehen. Der alte Tarifvertrag läuft am 30. September dieses Jahres ab. Der Tarifentwurf der Arbeitnehmer liegt den Fabrikanten bereits seit Monaten vor, so daß Zeit genug zur Verhandlung gewesen wäre. Die ganze Lage der Dinge läßt erkennen, daß es nur durch festes Zusammenhalten aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche möglich sein wird, zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen. — In der regen Diskussion zeigte es sich deutlich, daß sich in der Branche eine lebhaftere Erregung über das Verhalten der Fabrikanten geltend macht und daß man fest entschlossen ist, alle Kraft einzusetzen, um die notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen und, wenn sein muß, zu erkämpfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und billigt die Taktik der Branchenleitung. Sie nimmt Kenntnis von dem

Verhalten der Fabrikanten, die, obwohl der Tarifentwurf sich seit drei Monaten in ihrem Besitze befindet, die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Tarifvertrages bisher verzögert haben. Die Anwesenden erklären sich bereit, allen Maßnahmen der Organisation Folge zu leisten und selbst vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzusicheren, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu erzielen.“

Frankfurt a. M. Anlässlich unserer Tarifbewegung im Vorjahre wurden auch der Firma Mohr u. Meber unsere Forderungen unterbreitet. Die Firma lehnte dieselben ab, da für sie als Mitglied des Verbandes Deutscher Buchbindermeister nur der Leipziger Tarif (auch die Stundenlöhne) in Frage käme. Der Verband der Buchbindermeister stellte sich auf denselben Standpunkt. Schließlich hatten auch wir keinerlei Bedenken, uns dem anzuschließen, weil damit die im Jahre 1911 zu erwartenden Verbesserungen auch für die Firma Mohr u. Meber Gültigkeit haben müßten. Doch jetzt erschien der Firma der Leipziger Tarif zu hoch und sie wollte den Frankfurter anerkennen. Dies lehnten wir nun ab, weil damit die Gefahr verbunden ist, daß sich die Unternehmer immer den für die Arbeiter ungünstigsten Tarif aussuchen würden. Nach mehrmaligen Verhandlungen, bei denen auch der Verbandsvorsitzende Kloth mitwirkte, wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

Hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist für die Firma Mohr u. Meber und für das von ihr beschäftigte technische Personal der zwischen dem Verband Deutscher Buchbindermeister und dem Deutschen Buchbinderverbande 1911 abgeschlossene sogenannte Leipziger Tarif (Dreißigstättentarif) gültig, jedoch mit der Ausnahme, daß an Stelle der 5 1/2 stündigen Arbeitszeit eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden tritt, für welche die Leipziger Stundenlöhne (54 Pf.) zu zahlen sind. Der Vertrag hat dieselbe Gültigkeit wie der vorerwähnte Tarif.

Das schon seit einer Reihe von Jahren vollständig in unserem Verbandsorganisierte Personal hat durch diese Abmachung einen schönen Erfolg erzielt.

Die gesamte Buchbinderarbeiterschaft Frankfurts sieht nunmehr in tariflichem Verhältnis zu den Arbeitgebern. Das ist das Resultat jahrelanger zäher Organisationsarbeit. Nunmehr erwächst für die gesamte Mitgliedschaft die dringende Aufgabe, alles daran zu setzen, damit es uns gelingt, die Kollegen und Kolleginnen in der Kartonnagen-, Etuis- und Lugsuspapierbranche in größerer Anzahl dem Verbandsbezug zuführen, um auch in diesen Branchen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen zu können.

Düsseldorf. Nachdem wir von unserer Zahlstelle längere Zeit nichts verlauten ließen, halten wir es für sehr angebracht, die Kollegenschaft von diesen und jenen Sagen zu unterrichten. Als einen Nebenstand und eine Miskachtung unseres Tarifes von seiten der Unternehmer muß es bezeichnet werden, daß fast wöchentlich Kollegen in der Stadt- und Fachpresse nach hier gesucht werden. Der § 10 des Köln-Düsseldorfer Tarifes scheint bei unseren Tarifentwürfen nur als weiße Salbe gedacht zu sein. Der Zweck ist, Kollegen zu dem zum Leben nicht mehr ausreichenden Minimallohn nach hier zu locken, um sich vor jeder Zulage zu drücken. Denn seit Ablehnung unseres Forderungsentwurfes waren die Kollegen gezwungen, in vielen Fällen Vorstöße betreffs Zulage zu unternehmen und mit großer Mühe fällt hier und da mal 1 Mk. ab. Auch hier kann man sehen, daß Minimallöhne einfach als Maximallöhne betrachtet werden. In den letzten drei Jahren haben sich die Düsseldorfer Nahrungs- und Wohnungsverhältnisse und die Steuern ungemein verteuert, und noch immer steigen die Preise andauernd. Es muß daher immer wieder gesagt werden, daß die Minimallöhne in unserem Köln-Düsseldorfer Tarife zum Leben nicht mehr ausreichen. Dabei haben die Kleinmeister tariflich noch die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, bei Lohnsätzen von 19, 20, 24,50 und 27 Mk. Der verheiratete Kollege ist darum gezwungen, seine Frau mitarbeiten zu lassen, und die jüngeren Kollegen geraten bei längerem Aufenthalt in Schulden. Mäander Kollege hat das — manchmal unter großen Opfern — Düsseldorf wieder verlassen. Daß die Verhältnisse sehr gedrückt sind, beweist der große Wechsel innerhalb unserer Zahlstelle; reisen doch jedes Quartal 15—22 Kollegen ab. Diese Verhältnisse und noch andere, die wir hier zunächst noch unerörtert lassen, zwingen uns, unsere Kollegenschaft zu warnen, nach Düsseldorf Stellung anzunehmen. Erkundige sich jeder vor Arbeitsannahme erst nach den örtlichen Verhältnissen. Die schöne Kunst- und Gartenstadt Düsseldorf ist ein teures Pflaster und bei Löhnen von 27 bis 28 Mk. bleibt nur das graue Vorstadtelend übrig.

Hannover. Am 18. August fand unsere Monatsversammlung statt, in der ein Vortrag des Gewerkschaftssekretär Lau über „Selbe Gewerkschaften“ gehört wurde. Der Referent führte an Hand eines reichen Materials den Unwesenden das Verhältnis der freien zu den gelben Gewerkschaften vor Augen. Die freien Gewerkschaften betrachten als vornehmstes Ziel die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Die Gelben hätten keine gewerkschaftlichen Ziele, sondern seien Gründungen, von den Arbeitgeberern ins Leben gerufen, um durch sogenannte Wohlfahrtsvereine den Streikbruch zu begünstigen. Am Schlusse seines Vortrages ermahnte der Referent die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß ein größerer Teil der Mitglieder in die Versammlung komme. Ein jedes Mitglied habe die Pflicht, den Vorstand bei der Agitation zu unterstützen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorsitzende die Mitteilung, daß sich der Marmorierlehre Hauptmann zur Abhaltung eines Marmorierfurfes empfohlen habe. Die Kollegen, welche daran teilnehmen wollen, müssen sich im Bureau melden. Die Abhaltung eines Vergoldfurfes für diesen Winter ist von der Zahlstelle Hannover ebenfalls in Aussicht genommen.

Berlin. Am 24. August hielt die Zahlstelle Berlin ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die im letzten Vierteljahr verstorbenen Mitglieder Albert Hohentischer, Paul Maronski, Hermann Nabe, Robert Horn, Ferdinand Jung, Oswald Weiß, Alma Fischer, Gertrud Kropf und Wilhelm Benz in üblicher Weise. Der Geschäfts- und Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Agitation war eine gute und zählt die Zahlstelle jetzt 7317 Mitglieder, also ein Mehr gegenüber dem 2. Quartal von 453. Der Kassenbericht weist nach, daß die Lokalkasse eine Einnahme von 15 876,69 Mk. hatte, davon aus Lokalarbeitern allein 10 905,80 Mk. Der Einnahme steht eine Ausgabe von 8854,28 Mk. gegenüber. Der Bestand am 1. Juli betrug 74 349,89 Mk. Die Zentralkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 46 427,67 Mk. Nach dem Bericht vom paritätischen Facharbeitsnachweis haben sich 650 männliche und 901 weibliche Arbeitssuchende einschreiben lassen. Verlangt wurden 1339 männliche und 1862 weibliche Arbeitskräfte. Mehr als die Hälfte der Stellen, und zwar 877 für männliche und 864 für weibliche waren nur als Aushilfe bis zu drei Tagen gemeldet. Bei Aushilfen von so kurzer Dauer ist eine jedesmalige Neueinschreibung der gemeldeten Arbeitslosen nicht erforderlich. Befragt wurden 1256 Stellen für männliche und 1469 für weibliche Arbeitskräfte. Nachdem noch einige Ergänzungen zu dem Kassenbericht erfolgten, wurde in der Diskussion von den Arbeitslosen über die Einstellung von Arbeitskräften im „Vorwärts“ (Abteilung Buchbinder) Beschwerde geführt, weil dort scheinbar nicht immer so wie in anderen Betrieben der Reihe nach die Kräfte vom Arbeitsnachweis verlangt werden. Sie glauben, daß hier von den leitenden Personen immer mehr und mehr die Bevorzugung guter Freunde und Bekannten eine Rolle spielt und erwarten, daß dies in Zukunft unterbleibt. Ferner wünschen sie, daß der „Vorwärts“ die Aufträge, welche ihm zugehen, mehr im eigenen Betriebe ausfertigen lassen möge. Diese Angelegenheit wird, nachdem sich noch die Kollegen Hiller, Lüdicke und Frau Kragem in scharfer Weise darüber ausgesprochen haben, der Ortsverwaltung zur Erledigung überwiesen. Ein Antrag, das Bureau des Sonnabends und an den Vorabenden von geschäftlichen Feiertagen um 7 Uhr zu schließen, wird nach kurzer Aussprache angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, den Mitgliedern der Bibliothekskommission pro Person eine Entschädigung von 10 Mk. im Vierteljahr zu gewähren. Zu Referenten werden die Kollegen Jahn und Bergmann wiedergewählt. Nachdem wurde noch ein Antrag der Kontobuchbranche angenommen, die Kosten für die Delegation zweier Kontobucharbeiter nach Halle a. S. zwecks Information zu übernehmen. Ferner sprachen sich noch die Kollegen Röder, Lüdicke und Klar für das Delegiertenrecht zur Generalversammlung aus, um dadurch den Kollegen und Kolleginnen etwas mehr Interesse am Besuch der Generalversammlung anzugewöhnen. Die Angelegenheit wurde bis zum Herbst zurückgestellt und soll bei Beratung des neuen Ortsstatuts darauf näher eingegangen werden. Die Wahl des Gauvorstandes soll in der nächsten Generalversammlung erfolgen. Sodann wurden noch einige andere interne Angelegenheiten erledigt.

Mülba. Am 26. August fand unsere Quartals-Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Stein erstattete den Kassenbericht. Einnahme der Verbandskasse 446,10 Mk., Ausgabe 299,33 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 184,69 Mk., die Ausgabe 83,65 Mk. Nachdem gab Thiel den Kassenbericht. Bemerkenswert ist, daß vom Gewerkschaftsstatell bezw. Bildungsausschuß beschlossen

wurde, daß jedes Gewerkschaftsmitglied verpflichtet ist, für sämtliche Bildungsbestrebungen eine Jahreskarte von 50 Pf. zu lösen, um finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen. Trotzdem seitens unserer Kollegen der Besuch dieser Veranstaltungen ein guter ist, gibt es doch noch eine ganze Anzahl Kollegen, die die Förderung dieser Bestrebungen für überflüssig halten und sich lieber für die bürgerlichen Klubbvereine interessieren. Zum Schluß wurden die Frage der Gewerkschaftskonferenz diskutiert. Thiel teilt mit, daß er einen diesbezüglichen Vorschlag dem Gewerkschaftsrat zur Befürwortung beim Verbandsvorstand unterbreitet habe. Fast sämtliche Kollegen sind der Ansicht, daß die verflochtenen Kämpfe in der Buchbinderbranche Richtlinien für die kommenden Kämpfe geben werden; daß nur ein Zusammenschluß aller in den Exportbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen den Bewegungen ein anderes Gepräge geben könnten. Natürlich ist vor allem eine rege örtliche Agitation notwendig. Auch hier ist darin noch viel zu arbeiten. Alle Kollegen sind der Ansicht, wenn die Gewerkschaften aus ihrem Schlummer aufgewacht sind, sich schon Material ansammeln ließe, um eine Konferenz zu begründen.

Plauen. In der sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung am 26. August referierte Kollege Zinke-Leipzig über: „Der Dreifädeltarif und seine Wirkung auf die Provinz“. Zum Beginn seines Referats gab Zinke seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, vor einer stark besuchten Versammlung zu sprechen in einem Orte, in dem vor einigen Jahren, auch aus Anlaß eines von ihm gehaltenen Vortrages nur ganze 12 Mann den Weg zur Versammlung fanden. Das Beispiel Plauen zeigt deutlich, daß selbst in den rückständigsten Orten die Einführung und Erhaltung unserer Organisation möglich ist, wenn alle Kräfte ineinandergreifend, sich nicht von zeitweiligen Mißerfolgen entmutigen lassend, Organisationsarbeit leisten. Redner gab dann in seinen weiteren Ausführungen ein anschauliches Bild des Dreifädeltarifs und der durch denselben geschaffenen Sachlage. Die anwesenden Kollegen konnten aus den Worten Zinkes ersehen, welch gewaltiges Stück Arbeit bis zum Zustandekommen eines derartig umfangreichen, bis ins Kleinste hinein ausgearbeiteten Vertrages zu bewältigen gewesen ist. Einem jeden muß es aber auch klar sein, daß nur eine gut ausgearbeitete Organisation, welche ihre Mitglieder hinter sich weiß, etwas Derartiges schaffen kann. Der reiche Beifall, welcher dem Referat folgte, zeigte, daß Kollege Zinke seine ihm gestellte Aufgabe, uns Plauerer mit dem Wesen des Dreifädeltarifs näher bekannt zu machen, sehr gut gelöst hatte. Nach einer dem Vortrage gefolgtten Aussprache richtete der Referent in seinem Schlussworte noch einen kernigen Appell an alle Kollegen, kräftige Organisationsarbeit zu leisten, nicht nur zahlende, sondern auch wirkende und werdende Mitglieder zu sein. Wenn dies geschieht, dann wird und muß auch die Zeit einmal kommen, in welcher auch uns in Plauen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zugewilligt werden müssen. Vorläufig ist es aber noch nicht so weit, jetzt haben wir noch, wie in der Aussprache ein Redner treffend bemerkte, zwar großstädtische Nahrungsmittel- und Wohnungspreise, andererseits aber nur Löhne, die den Verhältnissen einer Kleinstadt Rechnung tragen. Den richtigen Ausgleich herzustellen, ist Sache der Plauerer Kollegen; nur unentwegte Treue zum Verbande wird uns zum Ziele bringen. Mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf unsere Organisation fand die schon verlaufene Versammlung ihr Ende.

Frankfurt a. M. In der öffentlichen Versammlung der Kartonnagenbranche vom 31. August referierte Verbandsvorsitzender Kollege Klotz. Redner schilderte in zirkel einflussreichem Eindrucksvollem Vortrag die Lage der in der Kartonindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vom Entfalten der heute sich zu Großbetrieben ausgewachsenen Industrie. Er wies auf die Konkurrenzkämpfe in der Kartonbranche hin, welche sich auch hier am Platze in außerordentlich schlechten Arbeitsverhältnissen bemerkbar machen. Die Arbeitgebererschaft ist besonders tariffeindlich, sie will die Arbeitsverhältnisse allein festsetzen und setzt dabei ihre Hoffnung auf die schlechte Organisation der Arbeitererschaft der Branche. Allerdings macht unser Verband einen Strich durch diese Rechnung und die letzten großen Kämpfe im Jahre 1910 in der Textilindustrie belehrten die Fabrikanten schon eines Besseren. Aber immerhin herrschen noch Aussperrungsgeklüfte, die sich eventuell auch in der Kartonnagenindustrie Frankfurts betätigen könnten. Daher kommt es für die Arbeitererschaft darauf an, sich zu organisieren. In dieser Beziehung geht es tüchtig vorwärts; die Kartonnagenarbeitererschaft organisiert sich zusehends, so daß sich die Zahl der organisierten von 1908 auf 1910 um 40 Proz. vermehrte.

Die teuren Frankfurter Lebensverhältnisse müssen auch den hiesigen Kollegen und Kolleginnen ein Ansporn sein, ihr Teil dazu zu stellen. Hinter der Leistung muß eine reale Macht stehen. Nach Kennzeichnung der Zustände in einigen Betrieben der Kartonnagenbranche schloß der Referent mit einer Aufforderung zur kräftigen Mitarbeit an deren Verbesserung, die durch Stärkung des Verbandes zu erreichen ist.

Die Diskussion war zustimmend. Der Vorsitzende erwähnte, daß es in gut organisierten Arbeiterorten wie Sossenheim, Nied usw. nicht möglich ist, weibliche Berufsangehörige, Töchter und Frauen von gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern, dem Verbande zuzuführen, trotzdem dies der kleineren Gewerkschaftszugang 1905 allen organisierten Arbeitern zur Pflicht macht.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 31. August 1911 im Gutenbergsaal tagende öffentliche Versammlung der Kartonnagenarbeitererschaft erklärt in Uebereinstimmung mit dem Referenten, daß sie gewillt ist, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse energisch einzutreten und alle dahinzielende Tätigkeit des Buchbinderverbandes zu unterstützen. Die Haltung der Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die im Oktober 1910 eingereichten Forderungen bewies ihr, daß entsprechende Verbesserungen nur durch einmütiges Vorgehen erreicht werden können. Dieses herbeizuführen, betrachtet sie als ihre erste Aufgabe und hält es deshalb als Pflicht eines jeden Berufsangehörigen, sich dem Verbande anzuschließen.

Lahr. Am 2. September fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Schröder über: „Wie können wir uns gegen die Lebensmittelsteuer wehren?“ referierte. Redner befaßte sich mit diesem Thema in sehr klarer und sachlicher Weise. Er unterzog die Zollpolitik, welche als die Urheberin der Steuerangriff sei, einer Kritik. Den Höhepunkt der Steuer haben wir noch nicht erreicht, fortwährend steigen noch die Lebensmittel in den Preisen. Wir müssen deshalb vom Staat verlangen, daß er die Zölle auf Lebensmittel aufhebt. Außerdem müssen wir bestrebt sein, auch den letzten Berufsangehörigen in den Verband zu bringen, dann können wir auch einen auskömmlichen Lohn erzielen. Notwendig ist ferner, daß wir den Zwischenhandel aufheben und den genossenschaftlichen Weg betreten. Der Referent erntete für diesen lehr- und nutzreichen Vortrag den Dank und den Beifall der Versammlung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 2. September 1911 tagende gut besuchte Versammlung beschließt nach einem Referat des Gauleiters Schröder in eine intensive Agitation für den Verband einzutreten. Die Versammlung ist überzeugt, daß nur eine starke Organisation imstande ist, einen Ausgleich der enormen Lebensmittelsteuer zu schaffen.

Die Versammelten sind aber auch der Ansicht, daß das Genossenschaftswesen eine größere Beachtung am Orte verdient. Der Vorstand wird deshalb aufgefordert, unverzüglich mit dem Gewerkschaftsvorstand in Verbindung zu treten, um der Gründung eines Konsumvereins die Wege zu ebnen.

Diese imposant verlaufene Versammlung möge die Kollegen und Kolleginnen anspornen, keiner weiteren Versammlung fernzubleiben. Wir werden auch hier in Lahr endlich einmal zu besseren Verhältnissen gelangen.

Freiburg i. Brg. Ein beneidenswertes Jubiläum. Die hiesige Zentrumsprelle brachte letzte Woche eine Notiz über einen Arbeiterjubiläum, der 25 Jahre bei einer hiesigen Firma als Mustermann tätig ist. Nach der üblichen Lobhudelei hob die Notiz besonders hervor, daß es ein Ereignis sei, in heutiger Zeit 25 Jahre lang in Treue und Fleiß auszuhalten.

Derartige Notizen löst man ja öfter, ohne sich etwas dabei zu denken. Jedoch dieses Jubiläum bietet einen interessanten Einblick in das Wesen jener Arbeiter, die abseits von der Organisation stehen und, vielleicht unbenutzt, durch ihre Schmutzkonkurrenz dem Verufe wie den übrigen Kollegen Schaden zufügen.

Das seltene Glück, 25 Jahre einen Arbeiter im Betriebe zu haben, wiederum der Firma A. Mees. Diese Firma ist eine modern eingerichtete Buchbinderei und beschäftigt durchschnittlich 6-7 Gehilfen nebst einigen Palzmadchen. Die Firma fertigt meistens Verlagswerke für die Großfirma Herder. Herr Mees selbst ist ein bekannter und tonangebender Mann bei der hiesigen Buchbinderinnung. Obwohl wir in Freiburg bereits seit circa 10 Jahren in den Druckereien mit Buchbindereien wie bei der Firma Herder die neunständige Arbeitszeit haben, wird bei der Jubelfirma, wie bei den Innungsmeisteren überhaupt, 10 Stunden täglich gearbeitet, vor einigen Jahren sogar noch 11 Stunden.

Feiertage, deren alle katholischen bei der Jubelfirma gehalten werden, werden nicht bezahlt. Einen

Urlaub erhalten die Arbeiter bei dieser Firma auch nicht; jedoch versteht sich die Firma dazu, ihren Arbeitern das Krankengeld zu zahlen. Von den zurzeit dort beschäftigten Arbeitern gehört keiner einer Organisation an. Selbst die christliche Organisation, die vieles vermag — und trotz der frommen Kundschaft der Firma Herder — ist es nicht gelungen, festen Fuß in diesen Kunsttempel zu fassen. Der Jubilar ist Vorarbeiter und bezieht einen Wochenlohn von 32 Mk. Aber erst durch die mehrmalige Lohnbewegung am hiesigen Orte hat die Firma sich veranlaßt gesehen, ihren älteren Arbeitern am Lohne etwas aufzubessern. Während nun das Gros der Freiburger Buchbindergehilfen täglich 9 Stunden arbeitet, arbeitet der Jubilar täglich 10 Stunden, mithin eine Stunde mehr. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, ergibt eine Summe von 300 Stunden oder 5 Wochen, 3 Tage und 3 Stunden, was dieser Kollege gegenüber den übrigen Freiburger Kollegen länger gearbeitet hat und noch arbeitet. Seit 10 Jahren, seit Einführung der neunständigen Arbeitszeit, hat der Jubilar 3000 Stunden länger gearbeitet, ohne dafür bezahlt worden zu sein, denn bei der neunständigen Arbeitszeit hätte er den gleichen Lohn erhalten müssen. Seinem jetzigen Lohn gemäß verlor der Jubilar in den letzten zehn Jahren eine Summe von 1777 Mk. Hätte der Jubilar sich damals vor zehn Jahren der Organisation angeschlossen und an der Verbesserung der Verhältnisse mitgearbeitet, die neunständige Arbeitszeit wäre seit Jahren auch bei dieser Firma eingeführt und der Jubilar hätte die 3000 Arbeitsstunden für sich und zum Wohle seiner Familie verwenden können. So hat er sich um diese 3000 Stunden selbst betrogen und der Schmutzkonkurrenz in der schlimmsten Weise Vorstoß geleistet. Herr Mees mag seine helle Freude über solche brave Mustermenschen haben. Der Jubilar erhielt von ihm für seine 25jährige Tätigkeit ganze hundert Mark als Präsent überreicht. Eine wahrhaft lächerliche Summe gegenüber der, um die sich der Jubilar selbst betrog.

Nerdau. In Nummer 22 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 27. Mai d. J. berichteten wir nach der „Leipziger Volkszeitung“ über einen Vorfall, der sich in der Lutzschpapierfabrik von W. Mierisch in Nerdau abgespielt hatte. Der Werkführer in dieser Fabrik, Mierisch, fühlte sich durch die Kritik seines Verhaltens gegenüber der Arbeiterin Johanna Mühs und deren Tochter Helene Kühn beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Keimling, sowie gegen den Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“, Kollegen C. Michaelis, Strafantrag wegen Beleidigung. Die Sache stand am 29. August vor dem Amtsgericht Grimma zur Verhandlung. Sie endete mit der Annahme des folgenden Vergleiches: Der Angeklagte M. nimmt die in dem fraglichen Artikel enthaltenen formalen Beleidigungen zurück und trägt die Gerichtskosten sowie die dem Kläger erwachsenen außergerichtlichen Kosten. Er verpflichtet sich, den Inhalt des Vergleiches in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Rundschau.

Gegen den Krieg — Für den Frieden. Dem Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgten die Arbeiter wiederum in hellen Haufen. Dießmal galt es den unverantwortlichen Kriegshekern entgegenzutreten und zum Ausdruck zu bringen, daß der deutsche Arbeiter nichts gemein hat mit der Sippe, die aus irgendwelchen — in der Regel unsauberen — Gründen die Kriegstrommel rührt. Leute, die von einem früh-frühlichen Krieg nur Vorteile erwarten und selbst nichts zu riskieren haben, sind die lautesten Rufer im Streite. Die Arbeiter, die bei einem solchen Nummel ihre Haut zu Markte tragen sollen, haben nichts zu sagen. Sie sollen nur parieren und wenns nur tut auf dem Schlachtfeld den Heldentod fürs Vaterland sterben, wie es so schön und so poesievoll heißt. In ersten Zeiten wird er als der Weiter des Vaterlandes gepriesen, in Friedenszeiten wird den „verlandtslofen Gesellen“ eine Behandlung en canaille zuteil.

Am mächtigsten war wohl die Friedensdemonstration der Groß-Berliner Arbeiterschaft am letzten Sonntag im Treptower Park. Mehr denn 200 000 Menschen hatten sich da versammelt, und gegen die Kriegsgelüste interessierter Kreise flammenden Protest zu erheben. An 10 Tribünen laufte die Masse den Reden der Partei- und Gewerkschaftsführer und einstimmig wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die am Sonntag, den 3. September, im Treptower Park versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erheben energischen Widerspruch gegen die in der Kriegshebe des Panzerplatten- und Kanonencapitals und dessen bezahlter Agenten,

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß die ganze Kolonialpolitik nur ein Auswuchs der imperialistischen Machtentfaltung und der kapitalistischen Raubsucht sind, daß sie zur Verrohung der erwerbenden Völker und zur gewalttätigen Vernichtung ganzer Völkerstämme führt, daß diese Politik notwendigerweise Reibereien und Konflikte mit anderen Staaten hervorruft, bei der die arbeitende Bevölkerung die Kosten zu tragen hat, protestieren die Versammelten gegen diese abenteuerlichen Unternehmungen. Sie verlangen auch, daß in so ernsten Fragen die Volkvertretung befragt wird.

Die Versammelten erklären, daß sie all ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben werden, die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens zu sichern.

Weiter erklären die Versammelten, daß sie sich durch den von Interessenten entfachten Kriegsrummel nicht abhalten lassen werden, bei der nächsten Reichstagswahl Abrechnung zu halten mit dem volksfeindlichen und volksausbeutenden Verhalten der jetzt herrschenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Regierungen, indem sie mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. Denn einzig und allein in der Sozialdemokratie finden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ihre Vertretung und nur durch die Sozialdemokratie werden die Forderungen der Kultur und der Völkerfreiheit erfüllt.

Die Teuerung. Der bayerische Städtetag hat sich, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus München gemeldet wird, an die Staatsregierung mit der Bitte gewandt, der Fleischsteuerung und ihrer Befehung das erforderliche Augenmerk zuzuwenden, insbesondere bei der Reichsleitung dahin vorstellig zu werden, daß die Einfuhr gefrorenen Fleisches erleichtert wird. Die Schwierigkeit der Fleischversorgung sei seit nunmehr einem Jahre nicht geringer geworden. Sie sei vielmehr teilweise sogar gestiegen. Die Möglichkeit, aus Frankreich Vieh einzuführen, hatte immerhin ein weiteres Steigen der Preise im allgemeinen hintangehalten. Seitdem die Einfuhrerlaubnis zurückgezogen worden ist, haben die Fleischpreise sofort wieder angezogen. Der Grund hierfür sei darin zu suchen, daß, wie die Eingabe mit amtlichen Ziffern belegt, die einheimische Landwirtschaft zurzeit nicht in der Lage ist, den Bedarf zu decken. Es ließe sich vielleicht durch Entsendung von deutschen beamteten Tierärzten ins Ausland Fürsorge dafür treffen, daß nur einwandfreie Tiere für den Versand nach Deutschland geschlachtet und daß nur einwandfreies Fleisch nach Deutschland eingeführt werde. Man könne vielleicht auch dem Gedanken näher treten, die Errichtung von Grenzschlachthöfen größten Stils mit Gefrieranlagen im Hollauslande nächst der Reichsgrenze zu ermöglichen. Der Städtetag bittet in Interesse der städtischen Bevölkerung ferner, daß bei der Seuchenbekämpfung die Einfuhr von Schweinen aus Norddeutschland nach Bayern nicht mehr als unbedingt nötig erschwert, keinesfalls aber verboten werde. Ein solches Verbot wäre schon deshalb kein unsehbares Mittel gegen die Einschleppung der Seuche, weil diese ja auch in Süddeutschland verbreitet ist und deshalb auch von hier aus an die Schlachthöfe dringen kann. Für die Fleischversorgung und die Höhe der Fleischpreise könnte ein solches Verbot aber geradezu unabsehbare Folgen zeitigen.

Eine Aufklärung über die Aussperrung in der Metallindustrie in Sachsen. Vom Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Genossen Haack in Leipzig, ist soeben eine kleine Broschüre herausgegeben, in der an der Hand von authentischen Belegen dargetan wird, mit welchen Mitteln mitunter Aussperrungen zustande gebracht werden. Haack erklärt einleitend, daß die angegriffenen Unternehmer den Weg beschreiten können, wenn sie sich zu Unrecht angegriffen fühlen, um dann an Gerichtsstelle die Wahrheit festzustellen.

In den Betrieben der Metallindustriellen in Chemnitz und Dresden wurde durch Anschläge behauptet, daß sie 60 Proz. der Belegschaften aussperrten müßten, wenn die in Leipzig streikenden Metallarbeiter nicht von ihrem Standpunkte abgingen, daß nur mit den Organen des Metallarbeiterverbandes verhandelt werden könne. Haack weist durch Abdruck eines an die Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes verfaßten Zirkulars nach, daß die Unternehmer falsch unterrichtet worden sind, denn nie hat der Verband ein solches Verlangen in der abstrakten Form gestellt. Unwahr ist auch die Behauptung der von den Unternehmern inspirierten bürgerlichen Presse, daß es sich überhaupt nicht mehr um materielle Forderungen handele, sondern nur um Anerkennung der Organisation. Aus dem weiteren Inhalt der Broschüre geht dann hervor, daß die Unternehmer alles getan haben, um die Sache zu verwirren und

jede Verständigung zu erschweren, obwohl der Metallarbeiterverband wie auch die Streikenden immer zur Verständigung bereit waren. Nach dem aufflarenden Zirkular der Bezirksleitung an die Vertrauensleute traten die Arbeiterausschüsse verschiedener Betriebe den Behauptungen der falsch informierten Betriebsleitungen entgegen, was zur Folge hatte, daß Chefs und Direktoren auf die Arbeiter einwirkten, ihren Einfluß bei der Verbandsleitung geltend zu machen, damit in Leipzig Verhandlungen in die Wege geleitet würden. In einigen Fällen wurden Arbeiterausschüßmitglieder teilweise unter Bezahlung von Zeitergänzen und Reisekosten zum Bezirksleiter nach Leipzig geschickt, um ihm Vorschläge für die Verhandlungen zu machen. Der Direktor Kohler von der Firma Seibel u. Naumann in Dresden konferierte mit Haack direkt wegen der Einleitung von Einigungsverhandlungen und schlug vor, daß von jeder Partei Kommissionen zu Verhandlungen gewählt werden sollten. Er erklärte es als ganz selbstverständlich, daß in dem Moment, in dem Einigungsverhandlungen eingeleitet sind, die Aussperrungen in Chemnitz und Dresden verschoben werden sollten. Sicher hat sich Direktor Kohler mit den Dresdner und Chemnitzer Metallindustriellen ins Einvernehmen gesetzt. Als dann wenige Tage darauf am Donnerstag die Verhandlungen beginnen sollten, wurde den Arbeiterbelegierten erklärt, daß die Verhandlungen am Freitag beendet sein müßten, sonst würde am Sonnabend in Chemnitz und in Dresden ausgesperrt! Die Verhandlungen wurden aber schon sehr erschwert durch eine in der bürgerlichen Presse enthaltene — sicher von den Industriellen hineinlangierte — Notiz, die die Wahrheit auf den Kopf stellte. Bei den Verhandlungen verlangten die Arbeitervertreter Aufklärung darüber, ob diese Notiz von dem Metallindustriellen-Verband herrühre. Das wurde bejaht, sonderbarerweise aber abgelehnt, eine solche Erklärung zu Protokoll zu geben. Und als dann die Kommission der Arbeiter darauf verwies, daß doch vereinbart worden sei, bei Zustandekommen der Verhandlungen die Aussperrung in Dresden und Chemnitz aufzuschieben, erwiderten die Unternehmer, daß das wohl private Abmachungen seien. Angesichts dieser Erklärung zogen sich die Arbeitervertreter zurück; sie wollten sich erst mit der Verbandsleitung ins Einvernehmen setzen, zumal bei der Kompliziertheit der Sache es überhaupt unmöglich war, diese Verhandlungen in einem Tage zur Erledigung bringen zu können. Die Unternehmer bestanden aber auf Erledigung der Sache an einem Tage, andernfalls wollten sie den nächstfolgenden Tag aussperrten. Die Verhandlungen wurden daraufhin unterbrochen, um zur Aufklärung der Sache erst noch einmal mit Direktor Kohler in Dresden Rücksprache zu nehmen. Direktor Kohler wich aber jetzt einer Befragung aus und gab der Kommission den Rat, sie solle ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln am Sonnabend zu erkennen geben. Dazu war die Kommission denn auch bereit und stellte sich zur Verhandlung am Sonnabend ein. Nach zweistündigem Warten wurde die Kommission durch die Unternehmer zu 4 Uhr nachmittags bestellt. Und am gleichen Tage erklärte dann Direktor Kohler, es müsse nun doch ausgesperrt werden, denn den Unternehmern in Leipzig sei von der Kommission der Arbeiter auf das Ersuchen zu Verhandlungen die Antwort erteilt worden: „Wir haben jetzt keine Zeit, erst nachmittags 4 Uhr wollen wir verhandeln.“ Dieses Verhalten sei eine Brüstung der Unternehmer und, deshalb müsse ausgesperrt werden.

„So etwas von Nautilistik hat die Welt wohl noch nie gesehen!“ sagt die Broschüre recht treffend. Und bewiesen ist, daß mit einer seltenen Frivolität die Aussperrungen in Dresden, Chemnitz und Leipzig holluzogen worden sind.

Eine Abwehrmaßregel hat die Gauleitung des Metallarbeiterverbandes in Sachsen ergriffen, um den Unternehmern die Schminke nach der Organisationsungehörigkeit zu verleiden. In der „Chemnitzer Volksstimme“ wurde folgende Aufforderung an die Mitglieder gerichtet:

„Zwecks Einleitung der Aussperrung in den Bezirken Chemnitz, Dresden und Leipzig versuchen die Metallindustriellen, die Zugehörigkeit zur Organisation von dem einzelnen Arbeiter zu ergründen. Sie verlangen vom Arbeiter hierfür eine entsprechende Erklärung. Zu diesem Vorgehen der Unternehmer besteht für sie weder ein gesetzliches noch ein moralisches Recht, indem die Zugehörigkeit zur Organisation eine Privatangelegenheit des Arbeiters ist. Es ist deshalb unsererseits, lediglich um den Unternehmern den Einblick in die Organisationsverhältnisse unmöglich zu machen, die Parole ausgegeben worden, daß sich alle unsere Verbandsmitglieder als nichtorganisiert bezeichnen sollen. Dies stellt nichts anderes als eine taktische Maßnahme dar. Die Unternehmer haben nun, um dieser taktischen Maßnahme zu begegnen, den Versuch gemacht, die Arbeiter in strafrechtlicher Hinsicht wegen einer

solchen Erklärung zu fassen. Um dies zu können, stellen sie allen denjenigen, die nicht organisiert sind, eine wöchentliche Geldunterstützung in Aussicht. Sie bemerken dabei, daß diejenigen, die sich nunmehr noch als nichtorganisiert bezeichnen, des Betrugsversuchs unter Vorpiegelung falscher Tatsachen sich schuldig machen und demzufolge ihre Verhaftung zu gewärtigen hätten. Wir haben uns wegen dieser Angelegenheit mit Rechtsanwältinnen ins Einvernehmen gesetzt, und es besteht nunmehr, wie ja auch bereits bei der Aussperrung im Jahre 1906 in Dresden konstatiert wurde, fest, daß in solchem Falle ein Betrugsversuch nicht vorliegen kann, indem erstens einmal die Absicht bestehen muß, sich einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschaffen zu wollen und zweitens damit die Schädigung des anderen verbunden sein muß. Alles das kommt hier nicht in Betracht. Wie schon oben erwähnt, handelt es sich nicht darum, daß irgend eins unserer Mitglieder die von den Unternehmern in Aussicht gestellte Unterstützung, also den Vermögensvorteil, in Anspruch nehmen wird; es soll auch durchaus nicht die mindeste finanzielle Schädigung der Unternehmer damit verbunden sein. Selbst gesetzt den Fall, daß die Unternehmer die Gelder an die einzelnen auszahlen, so kann, wenn unsere Kollegen das Nachstehende genau beachten und damit von vornherein dokumentieren, daß ihnen jede Absicht, sich einen Vorteil zu verschaffen, fernliegt, ein Nachteil für sie daraus nicht entstehen. Wenn die Kollegen in den Betrieben das Geld erhalten und es sofort im Verbandsbüro abliefern, so wird der Betrag unter Anführung des Namens in eine Liste eingetragen und unzerzählig das Geld insgesamt, zur Verfügung des betreffenden Unternehmers, beim Gericht deponiert. Die daraus entstehenden Gerichtskosten werden von seiten unseres Verbandes getragen, so daß die Unternehmer nicht den mindesten Schaden und unsere Kollegen nicht den geringsten Vorteil haben.

Auch in moralischer Hinsicht kann dieses Vorgehen als durchaus einwandfrei bezeichnet werden, weil, wie oben erwähnt, die Unternehmer ihr wirtschaftliches Übergewicht benutzen, um von den Arbeitern eine Erklärung zu erpressen, wozu sie keineswegs berechtigt sind.

Wir hoffen, daß diese Erklärung zu dem ausdrücklichen Zweck, um für später von vornherein sowohl unsere Absicht, als wie auch die Absicht unserer in Betracht kommenden Kollegen für alle Fälle festgelegt zu haben.

Wegen den Zusammenschluß? Eine dem Zuge der Zeit entgegenstehende Bewegung macht sich im Verbands der Lederarbeiter und Handschuhmacher bemerkbar. Vor zwei Jahren erst haben sich die beiden bis dahin selbständigen Verbände der Lederarbeiter und der Handschuhmacher zu einer Einheitsorganisation zusammengefunden. Jetzt sind Kräfte am Spiel, das Einigungswert wieder zu zerstören. Die Beschlüsse der letzten stattgefundenen Generalversammlung des geeinten Verbandes haben die Mitglieder nicht voll befriedigt. Vor allem waren es Gehalts- und Anstellungsfragen, die im Verbands fast allgemein kritisiert wurden. Durch besondere Umstände gezwungen, mußte die Verbandsleitung dann eine Extrasteuer ausschreiben, als deren unmittelbare Folge die Kostrennungsbewegung seitens einiger Handschuhmacherfirmen inszeniert wurde mit dem vorausgehenden Resultat, daß das gesamte Verbandsleben stark gehemmt wurde. Es ist selbstverständlich bei dem gesunden Geist, der den aufgeklärten deutschen Arbeiter durchglüht und der gewiß auch die jetzt erregten Handschuhmacher ergriffen hat, zu erwarten, daß er sich siegreich durchsetzen wird und die Einheitsorganisation im Ledergerber hochhält. Die bessere Einsicht hat schon insofern Früchte getragen, als die in Burg bei Magdeburg (einem bedeutenden Ort der Handschuhindustrie) eingesezte Propagandakommission für die Kostrennungsbewegung zurückgetreten ist, nachdem sie die Undurchführbarkeit ihrer Mission eingesehen hat.

Was der Reichstag noch leisten soll. Aus parlamentarischen Kreisen wird der reaktionären Presse über die Aufgaben, die in der Herbsttagung des Reichstages erledigt werden sollen, geschrieben:

„Nach den bisherigen Verhandlungen aus Regierungskreisen legt die Regierung zunächst großen Wert auf die Verabschiedung des Privatbeamten-Verpflichtungsgesetzes, des Schiffahrtsabgabengesetzes, des Hilfskassen-Gesetzes, des deutsch-japanischen Handelsvertrages und des deutsch-englischen Handelsprovisoriums für 1912 und 1913. Diese Vorlagen sollen sofort nach dem Wiederzusammentritt zur Beratung gestellt werden. In zweiter Linie wird die Verabschiedung der Strafprozessreform und der Strafgesetznovelle gewünscht, obwohl hier verschiedene schwerwiegende Differenzen noch zu besetigen sind, die bei gutem Willen aber nicht un-

überbrückbar sind. Ob es gelingen wird, die No- bellen zur Gewerbeordnung zu erledigen, erscheint recht zweifelhaft. Zu den Vorlagen, deren Verabschiedung kaum noch in Frage kommt, zählen das Arbeitslammengesetz, das Kurpfuscher- gesetz und die Fernsprechgebührenreform, auch der neu eingebrachte Entwurf über die Ausgabe kleinerer Kolonialaktien kann nicht bestimmt auf Annahme rechnen. Die Regierung wird, wie verlautet, ihre Wünsche dem Seniorenkonvent zu Beginn der Beratungen mitteilen. Man nimmt an, daß die Tagung des Reichstages nur bis Ende November währen wird, ist aber guter Hoffnung in bezug auf die Fruchtbarkeit der Nachsession, nachdem die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sich so glatt vollzogen hat. Die Marokkofrage dürfte allerdings auch einige Zeit den Reichstag beschäftigen. Man muß auch berücksichtigen, daß außer der Beamtenversicherung und den handelspolitischen Vorlagen fast alle anderen Entwürfe plenarreif sind.

Nach diesen Ausführungen zu urteilen, hat die Durchpfechtung der Reichsversicherungsordnung der Regierung Appetit gemacht, so daß sie an den Reichstag das Anstinnen stellen möchte, die Strafprozessreform und die Strafgesetznovelle (mit den Bestimmungen zur Eröffnung der Arbeiterpresse) noch vor dem Ende dieses Reichstags in gleicher Weise unter Dach zu bringen. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesen Plänen auf die entschiedenste Weise entgegenzutreten müssen. Das deutsche Volk kann nur gewinnen dabei, wenn dieser Reichstag diese Vorlagen nicht mehr erledigt.

+. Anspruch auf Altersrente haben bekanntlich alle diejenigen Versicherten, die das 70. Lebensjahr vollendet haben. Ob und in welchem Grade sie noch erwerbsfähig sind, kommt gar nicht hierbei in Betracht. Bedingung auf die Altersrente ist jedoch, daß die notwendige Anzahl Beitragsmarken zur Alters- und Invalidenversicherung — ganz gleich welcher Klasse — geleistet sind. Gesehlich sind 1200 Beitragsmarken nachzuweisen. Doch ermäßigt sich diese Zahl bei allen denjenigen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits das 40. Lebensjahr überschritten hatten, für jedes über das 40. Jahr zurückgelegte Jahr um 40 Marken pro Jahr. Wer also beim Inkrafttreten des Gesetzes 50 Jahre alt war, demnach um 10 Jahre das 40. Lebensjahr überschritten hatte, hat Anspruch auf Ermäßigung der 1200 Marken, und zwar von 10 mal 40 = 400 Marken; braucht also nur 800 Beitragsmarken nachzuweisen usw.

Diese Ermäßigung tritt aber nur dann ein, wenn in den ersten 5 Jahren vom Inkrafttreten des Gesetzes an mindestens 200 Marken geleistet sind. Außerdem ist der Nachweis zu führen, daß die Antragsteller in den Jahren 1887—1890 — wenn auch nur vorübergehend — Lohnarbeit verrichtet haben. Selbstverständlich sind auch hier, wie bei Anträgen auf Invalidenrente, den geleisteten Beitragswochen gleich zu erachten die Zeiten militärischer Dienstleistungen oder Übungen, sowie die über bescheinigte erwerbsunfähige Krankheitsperioden.

Literarisches.

Einem lieben alten Wiener Volksdichter ist die neueste Nr. 35 der Münchener literarischen Wochenschrift „Die Leze“ gewidmet. „Die Leze“ kostet mit 2 Jahreshüchern jährlich 6 Mk., vierteljährlich 1,50 Mk. Probenummern kostenlos durch die Geschäftsstelle der „Leze“, München, Rindermarkt 10.

Lieber aus seinen unergänglichen Märchenspielen und würdigen Worte einen kleinen besonderen Aufsatz feiern solchergehalt Ferdinand Raimunds 75. Todestag am 5. September. Auch sonst gehört das ganze Heft dem „Volke“! Da ist eine neue Volksdichterin entdeckt worden: Maria Reitmann mit Namen, die köstlich stimmungsvolle Gedichte geschrieben, welche erzählen von Lebensnot, Krankheit und Enttäuschung. Die hier abgedruckten Verse dürften viele herzliche Freunde ihr gewinnen. — Professor Heinrich Sohnrey erweist weiterhin mit einem schönen Plauderartikel: „Wie ich die Buchenrober Dorfbibliothek gründete“. Möge sein mutiges, fröhliches Beispiel Nachahmer in Menge finden: dann gäbe es erstmal in den Dörfern Volksbibliotheken, wäre der Schundliteratur, die von der „Leze“ ja so scharf bekämpft wird, ein gut Teil Boden unter den Füßen entzogen. Was gute Bücher dem Menschen aber sein können, das erwähnt ein tiefempfindender kleiner Aufsatz, gleichfalls in Nr. 35 der „Leze“ abgedruckt, dem Robert Gall den schlichten Namen „Meine Bücher“ gegeben. Im Begleitheft finden sich endlich Buchbesprechungen und wertvolle Hinweise für die, welche ihre Bücherkäufe mit billigem Gelde zu vermehren gedenken.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Barmen-Elberfeld.

Samstag, den 23. September 1911, abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des „Volkshauses“, Elberfeld:

:: Stiftungs-Fest ::

Bestehend in

Konzert, turnerisch. Aufführungen, humorist. Vorträgen u. geschl. Fest-Ball.

Musik: Verband der Zivil-Berufs-Musiker, Elberfeld.

Preis der Karte à Person 30 Pfg. inklusive 5 Pfg. Eintrittsteuer.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Fest-Ausschuß.

Tüchtiger Einzierer

für doppelseitige F- und L-Maschine gesucht.

Carl Laufer, Stuttgart.

Buch- und Papierhandlung

i. Kassel, altes Geschäft, Ums. ca. 8—9 Milie p. a. unmittelb. Nähe v. 8 gr. Schulen, f. Buchbind. bes. günst., Familien-Verb. f. Hof. od. sp. z. verl. Preis ca. 4000 Mk. bar. Off. u. F. C. 4599 a. Rudolf Molle, Cassel.

Ein Heilschatz ersten Ranges

ist der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammenfügung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen“.

Dankesworte nach erfolgreicher Kur: „Ich litt seit drei Jahren an Blutarmut, Mischsucht, großer Nervenschwäche, Verdauungs- und Magen Schwäche, Rücken- und Kopfschmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zuzunute ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreicher Kur sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verunstaltung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiete und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf NW. 128.

Geschäfts-Übernahme.

Allen werthen Kollegen und Kolleginnen zur gefälligen Kenntnis, daß ich am 1. September d. J. das

Restaurant Grüne Aue, Leipzig-Anger, Bernhardstraße 26,

übernommen haben. Es soll unser Bestreben sein, fallen Anforderungen gerecht zu werden. In der Hoffnung, unser Unternehmen gütigst unterstützt zu sehen mit kollegialem Gruß

Franz Band und Frau.

NB. Halte meine Lokaltäten zu Werkstübenerfammlungen und anderen Anlässen freundlichst empfohlen. D. O.

Tüchtiger Glaserarbeiter

für Samtarbeiten u. Fensterdekorationen findet dauernde und gutbezahlte Stellung.

Behk & Co., Glasfabrik, Hamburg, Caffamacherreihe 38.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geätz-Anstalt M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29, Fernsprecher: Amt IV, 6958, kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmied, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs-schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit. Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmes Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

